

Quelle

Datum

Amerika wählt den Status quo

VON JOSEF JOFFE

Es gab in diesem Wahlkampf nur eine Überraschung: daß der Verlierer Dukakis besser abgeschnitten hat als erwartet, daß er mit 46 Prozent für die Demokraten, die älteste Partei der Welt, zumindest ein Hoffnungszeichen gesetzt hat. Seit zwanzig Jahren bleiben die Demokraten im 40-Prozent-Getto eingeschlossen: Hubert Humphrey hat 1968 gegen Richard Nixon 43 Prozent eingefahren, George McGovern bloß 38 Prozent, Jimmy Carter wurde 1980 von Reagan mit 42 Prozent abgeschlagen, sein Vize Mondale vier Jahre später mit nur 41 Prozent. Die einzige Ausnahme in dieser Reihe von Niederlagen war Carters Sieg im Jahre 1976 – die Folge des Watergate-Skandals, der Nixon zum schmachlichen Rücktritt gezwungen hatte.

In den nächsten Wochen und Monaten werden die Demokraten abermals eine Zerreißprobe erleben: Wer hat die Wahl verloren und warum? War's der hochintelligente, aber entrückte „Sozialingenieur“ Dukakis, der seine *message* nicht ans Volk bringen konnte? War es der charismatisch-demagogische Schwarzenführer Jesse Jackson, der die weiße Mehrheit (89 Prozent) verschreckt hat? Oder war es die gesamte Partei, die zwar versucht hat, der breiten Mitte zu gefallen, deren Herz aber weit links schlägt?

Die „Schmutz- und Schlammanschlächt“, die brilliant-bösartige Kampagne seiner Image-Ingenieure können allein nicht erklären, warum George Bush ein 150 Jahre altes Gesetz aus den Angeln heben konnte: Seit 1838 war kein Vizepräsident je aus dem Amt heraus an die Spitze des Staates gehievt worden. Die Ursachen gehen tiefer. Da ist einmal das Duo „*Peace and Prosperity*“ – Frieden und Wohlstand. Demokratische Wahlvölker stimmen im allgemeinen nicht für, sondern gegen ihre Regenten: sie erwählen nicht, sondern wählen ab. Dazu gab es diesmal keinen Anlaß. Mit 5,5 Prozent Arbeitslosigkeit hatte Amerika unter Reagan praktisch den Zustand der Vollbeschäftigung erreicht: bei einer Inflationsrate von 4,5 Prozent können sich die Amerikaner nur mit Schaudern an die zweistelligen Ziffern unter Carter erinnern. Zu Beginn dieses Jahrzehnts wurde Amerika von Afghanistan und vom Ayatollah gebeutelt; unter Reagan kehrten die Russen wieder an den Verhandlungstisch zurück, begann Gorbatschow die sterile Politik seiner Vorgänger zu überdenken und die Sowjetunion in die Gemeinschaft der verantwortungsbewuß-

ten Großmächte zurückzusteuern, die Rußland 1917 verlassen hatte.

Da zählen die Schattenseiten des „Reagan-Wunders“ nicht: da wiegt der Gehalts-scheck in der eigenen Tasche schwerer als das (abstrakte) Defizit in der kollektiven Haushalts- und Handelsbilanz. Die Grundursache des Bush-Wahlsiegs läßt sich sogar noch allgemeiner fassen: Überall im Westen sind am Ende der inflationären Krisendekade der 70er Jahre die Herrschenden abgewählt worden, egal welcher Couleur. Ihre Erben – Kohl in Bonn, Gonzales in Madrid, Mitterrand in Paris, Reagan-Bush in Washington – sind immer noch an der Macht: Es geht ihnen gut, weil es dem Wahlvolk besser geht.

Die zweite Ursache der Niederlage(n) ist in der Demokratischen Partei selbst zu suchen. Es ist nicht mehr die Partei Roosevelts und Trumans – die „Partei des großen Herzens und der gepanzerten Faust“, die sich nach innen dem marktwirtschaftlichen Sozialstaat, nach außen der Stärke und dem Internationalismus verschrieben hatte. In der Außenpolitik haben sich die Gewichte zum Protektionismus, Pazifismus und Isolationismus verschoben. Im Inneren ist die Partei zum Sammelbecken von Minderheiten geworden, die sich nicht zur Mehrheit zusammenschirren lassen: die Alten und die Armen, die Sozialarbeiter und Staatsbediensteten, die Linkselite und die Nicht-Weißen, die den Weg aus dem Getto nicht schaffen – kurz: die Klasse, die den Staat nicht trägt, sondern von ihm getragen wird.

Nicht, daß die Amerikaner der staatlichen Für- und Vorsorge abhold wären; sie glauben – wie die Umfragen bestätigen – bloß nicht daran, daß der Staat schaffen kann, was ein Dukakis versprochen hat. (34 Prozent stufen sich als „konservativ“, nur elf als „liberal“ ein.) Sie glauben auch nicht daran, daß sich Amerika aus der Welt zurückziehen sollte. Die Hauptstützen der alten Roosevelt-Koalition – der Süden, die Industriearbeiter, die weißen Volksgruppen – sind 1980 zu Reagan übergelaufen; sie sind 1984 und 1988 bei den Republikanern geblieben; sie werden dort auch verharren, solange die Demokraten nicht eine *message* für die Mehrheit gefunden haben.

Bush wird es trotzdem nicht leicht haben, mit den sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen Amerikas fertig zu werden – mit den Defiziten hier, der Randgruppenintegration dort. Nur werden die Verbündeten in ihm einen leichteren Partner finden als in einem Dukakis. Er gehört zur republikanischen Mitte; er wird den protektionistisch-isolationistischen Impulsen im Wahlvolk eher widerstehen als es ein Dukakis getan hätte. Die NATO, die europäische Präsenz und der Freihandel sind in der Republikanischen Partei fester verwurzelt als bei den Demokraten, die einem McGovern oder Jackson heute näherstehen als seinerzeit Roosevelt und Truman. Vor allem aber garantiert George Bush außenpolitische Kontinuität. Und diese ist nicht zu verachten, wenn man bedenkt, welche Probleme die unberechenbaren Ausschläge unter Carter und Reagan den Europäern aufgehalst haben. Der Status quo ist die zweitbeste Lösung für all jene, die eigentlich mitwählen müßten, es aber nicht dürfen.